

PROTOKOLL

über die 37. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 16.12.2014 im Bürgerhaus Assenheim

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 21:55 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2)
(27 Mitglieder)

Sven Schäfer
Gerhard Einhoff
Michael Hahn
Torsten Hahn
Petra Kremer
Oliver Herbert
Silke Merz
Hans-Joachim Mücke
Florian Porth
Stephanie Rotter
Reinhard Schwarz
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Heinz Kimmel
Stefan Koschorr
Rolf Lamade
Christian Osmalz
Andreas Momberger
Lutz Sierach
Elke Steppan
Christoph Preiser
Markus Nikleniewicz
Dennis Brechtel
Dieter Eisenberg
Barbara Feige
Karl Stier
Dr. Dirk Schneider

es fehlten: Erland Kalbhenn - entschuldigt
Achim Saßmannshausen - entschuldigt
Oliver Seuss - entschuldigt
Roland Gosebruch - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Kurt Meisinger
Arno Menk
Renate Fritz-Mann
Herbert Porth
Erhard Reiter

es fehlte: Ursula Einhoff - entschuldigt

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

TOP

- (1) Mitteilungen
- (2) Sanierung von Waldwegen - Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 58a/2014)
- (3) Antrag der CDU-Fraktion (Vorlage-Nr. 36/2014)
Freie Baugebiete Werbung (Bericht BauA + HuF)
- (4) Antrag der CDU-Fraktion (Vorlage-Nr. 55/2014)
Bebauungsplan Mühlweg Ost, Stadtteil Assenheim (Bericht BauA + HuF)
- (5) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen (Vorlage-Nr. 03/2014)
Umbruch von Grünflächen (Bericht BauA)
Beratung und Beschlussempfehlung
- (6) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen (Vorlage-Nr. 04/2014)
Illegale Gebäudenutzung im Außenbereich (Bericht BauA)
Beratung und Beschlussempfehlung
- (7) Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Partei (Vorlage-Nr. 59/2014)
CDU, B'90 / Die Grünen, FWG und FDP
Auflösung des Sozialausschusses
- (8) Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Partei (Vorlage-Nr. 60/2014)
CDU, SPD, B'90 / Die Grünen, FWG und FDP
Streichung der Aufwandspauschale für Fraktionsvorsitzende
- (9) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen (Vorlage-Nr. 61/2014)
Änderung der Beschilderung Einmündung K 243 in L 3188
- (10) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen (Vorlage-Nr. 62/2014)
Einführung KISS
- (11) Antrag der SPD-Fraktion (Vorlage-Nr. 63/2014)
Verkehrssituation zwischen Ilbenstadt und Altenstadt
vor der Kompostierungsanlage
- (12) Anfrage der SPD-Fraktion (Vorlage-Nr. 17/2014)
Rasenschnitt der Sportplätze in Niddatal
- (13) Anfrage der SPD-Fraktion - Offene Jugendarbeit (Vorlage-Nr. 18/2014)
- (14 a) Eilantrag der CDU-Fraktion - Vertrag Offene Jugendarbeit
- (14 b) Eilantrag der SPD-Fraktion - Vertrag Offene Jugendarbeit
- (15) Niederschlagung von Forderungen

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -Teilnehmer und eröffnet die 37. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal.

Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 36. Sitzung am 17.11.2014 werden keine Einwände vorgebracht und somit gilt es als beschlossen.

Änderungswünsche zur heutigen Tagesordnung:

Gerhard Einhoff erläutert den Eilantrag der CDU-Fraktion zum Thema Offene Jugendarbeit - Vertragliche Vereinbarung mit dem evang. Dekanat.

Wie bereits in der Sitzung des SozA am 11.12.2014 mitgeteilt wurde, hat das Dekanat angekündigt, für die Fortsetzung der Zusammenarbeit ein neues Konzept vorzulegen.

Wir möchten, dass die Tätigkeit der Offenen Jugendarbeit ohne Unterbrechung weitergeführt werden kann und beantragen daher, diesen Punkt heute mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

Andreas Momberger teilt mit: Die SPD-Fraktion hat zum Thema wie vorgenannt mit der gleichen Begründung einen Eilantrag gestellt, um die Fortsetzung der Offenen Jugendarbeit nach Beendigung der Vertragslaufzeit (31.12.2014), also ab Januar 2015 ohne Unterbrechung weiter bestehen zu lassen. Wir beantragen, diesen Punkt auf die heutige Tagesordnung zu nehmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **CDU-Antrag** wie vorgeschlagen **als TOP 14 a)** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen 1 Nichtbeteiligung = so beschlossen

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt weiter abstimmen, wer dem **SPD-Antrag** wie vorgeschlagen **als TOP 14 b)** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = so beschlossen

Markus Nikleniewicz hat eine persönliche Erklärung abgegeben und damit entschieden Formulierungen zurückgewiesen, die nach seiner Definition völlig daneben gegriffen waren. --- Er und seine Fraktion verzichten darauf, **TOP 5 und TOP 6** zur Diskussion zu stellen und **ziehen diese Anträge zurück.**

TOP

(1) Mitteilungen

Bürgermeister Dr. Hertel teilt mit, dass die Trauerhalle in Assenheim ab Montag, 22.12.2014 wieder benutzt werden kann.

**(2) Grundinstandsetzung forstwirtschaftlicher Wege
Beschlussfassung**

Gerhard Einhoff berichtet, dass dieser Punkt zur weiteren Beratung vom BauA in den HuF überwiesen wurde. Nach anfänglicher Terminverschiebung haben an der Sitzung auch die Herren Link (Revierförster) und Reißmann (Forstamtsleiter für Nidda) teilgenommen, die sehr ausführlich zu diesem Thema Auskunft erteilt haben.

Abschließend wurde über den Antrag mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

6 Ja-Stimmen 1 Gegen-Stimme 2 Enthaltungen = somit Empfehlung, die Waldwege sanieren zu lassen.

Nachdem hierzu keine weiteren Wortmeldungen gewünscht wurden, hat der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen lassen, wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme = somit beschlossen

**(3) Antrag der CDU-Fraktion
Freie Baugebiete Werbung**

Florian Porth teilt mit, dass dieser Punkt in der gemeinsamen Sitzung BauA und HuF behandelt wurde. Nach ausführlicher Diskussion war man sich einig, dass uns im Ausschuss das Marketingkonzept von Terramag und HLG erst einmal vorgestellt werden sollte, um danach weitere Beschlüsse fassen zu können. Von daher kann dieser Antrag heute noch nicht verabschiedet werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher bestätigt, dass es nicht notwendig sei, hierüber abzustimmen, dass TOP 3 bis zur weiteren Klärung im BauA verbleibt.

**(4) Antrag der CDU-Fraktion
Bebauungsplan Mühlweg Ost, Stadtteil Assenheim**

Florian Porth erläutert hierzu: Dieser Punkt wurde in der gemeinsamen Sitzung BauA und HuF behandelt; es wurde abschließend befürwortet, einen einseitigen Bebauungsplan für das Gelände entlang Mühlweg Ost aufzustellen. Dabei soll auch ein Spielplatz vorgesehen und geprüft werden, ob der jetzt noch vorhandene Hockeyplatz mit in die Bebauung einbezogen werden kann bzw. verbleiben soll, ggfs. für eine andere Nutzung. Ein entsprechender Aufstellungsbeschluss muss noch aufgestellt werden. Für diesen geänderten Antrag gab es nach der Abstimmung: 10 Ja-Stimmen und 5 Gegen-Stimmen.

Rolf Lamade wiederholte seine bereits in der letzten StVV (17.11.2014) geäußerten Bedenken und dass die SPD-Fraktion sich gegen diesen Bebauungsplan aussprechen werde.

Michael Hahn argumentiert, dass die CDU-Fraktion eine andere Sichtweise vertritt und diese Baugebiet-Erschließung favorisiert. Man möge dabei auch die Vorteile durch die bereits vorhandene Bebauung erkennen, die dieses Gelände besonders attraktiv machen.

Markus Nikleniewicz sieht es genauso, sich mehr auf die innerörtlichen Flächen zu konzentrieren und diese als Bauland zu bevorzugen. Der Vorteil für die Stadt wäre auch, die finanziellen Einnahmen dafür schneller generieren zu können.

Dieter Eisenberg schließt sich dieser Argumentation an und weist auch noch auf den Wegfall von immer mehr Ackerland hin, das durch die Bebauung an der Peripherie verschwindet.

Bürgermeister Dr. Hertel bezieht sich auf die vorherigen Gespräche im Ausschuss und sagt, ihm stelle sich die Frage, ob wir denn heute Abend über Vorentwürfe oder direkt über den Aufstellungsbeschluss abzustimmen haben ?

Michael Hahn erläutert noch einmal die Vorteile im Mühlweg, da für die Bebauung alle notwendigen Anschlüsse und Straße bereits vorhanden sind. Zu beschließen sei jetzt der Aufstellungsbeschluss, wofür der Magistrat eine entsprechende Skizze über die einseitige Bebauung bereitstellen möchte. ---

Nach weiteren Einwänden beantragt Michael Hahn Sitzungsunterbrechung für Beratung im Ältestenrat, dem stattgegeben wurde.

Anschließend teilt Michael Hahn das Beratungsergebnis mit:

Der Antrag der CDU wird wie folgt umgewandelt:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Entwurf für die Bebauung des Mühlweg Ost mit dem Erhalt des Spielplatzes vor Ort zu erstellen und diesen dem BauA bis spätestens zur Sitzung im März 2015 vorzulegen.

Der BauA wird dann nach entsprechender Beratung einen Aufstellungsbeschluss für das Parlament empfehlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem neu formulierten CDU-Antrag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 19 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = so beschlossen

(5) **Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen**
Umbruch von Grünflächen - Beratung und Beschlussempfehlung
- wurde zurückgezogen - siehe hierzu Seite 3

(6) **Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen**
Illegale Gebäudenutzung im Außenbereich
Beratung und Beschlussempfehlung
- wurde zurückgezogen - siehe hierzu Seite 3

(7) **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Partei**
CDU, B'90 / Die Grünen, FWG und FDP
Auflösung des Sozialausschusses

Michael Hahn erläutert den Hintergrund dieser Antragstellung. Nach gemeinsamen Überlegungen ist man übereingekommen, die bisherigen Aufgaben des SozA künftig dem HuF und BauA zuzuordnen. Dadurch lassen sich Aufwandsentschädigungen einsparen, die wir als finanziellen Beitrag bei der allgemeinen Leistungsüberprüfung einbringen möchten.

Dieter Eisenberg bezieht sich mit seiner Stellungnahme zu diesem gemeinsamen Antrag auf das frühere Verständnis über den SozA und die Wahrnehmung seiner Aufgaben. In der neuen Geschäftsordnung sei dieser Ausschuss jedoch nicht mehr aufgeführt und demnach könne man auch seine Auflösung offiziell beschließen.

Lutz Sierach hat mit seinen Worten die Weihnachtsgeschichte "Maria und Josef in Niddatal >> Sozialausschuss dringend erforderlich" neu interpretiert und die Vielfalt der sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen in Niddatal aufgeführt. Abschließend hat er wissen lassen, dass die SPD den SozA beibehalten möchte.

Florian Porth erklärt, dass die Auflösung des SozA nicht gleichbedeutend heißen soll, dass alle von Lutz Sierach genannten Bereiche und Aufgaben wegfallen. Es werde nach wie vor diesen Ausschuss geben, nur die Zuständigkeiten werden auf den HuF und BauA übertragen und im bisherigen Modus weitergeführt.

Auch Gerhard Einhoff bekräftigt, dass die Aufgabenverteilung des SozA künftig im HuF und BauA mit der gleichen Intensität wahrgenommen werden wie bisher. Es sei die Frage erlaubt, warum konnte aus den Reihen der SPD kein neuer Vorsitzender gefunden werden ?

Andreas Momberger stimmte zu, dass für die Nachfolge des SozA kein Vorsitzender aus den eigenen Reihen gefunden werden konnte. Es gab zwar einen Vorschlag, der jedoch von dem Betroffenen abgelehnt und auch kein neuer Kandidat benannt wurde.

Nach einem abschließenden Kommentar von Michael Hahn hat der Stadtverordneten-vorsteher abstimmen lassen, wer dem Antrag "Auflösung des SozA" seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 19 Ja- 6 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen = so beschlossen

**(8) Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Partei
CDU, SPD, B'90 / Die Grünen, FWG und FDP
Streichung der Aufwandspauschale für Fraktionsvorsitzende**

Michael Hahn erläutert den Hintergrund dieses gemeinsamen Antrages:
Die interfraktionelle Arbeitsgruppe hat sich auch hierüber Gedanken gemacht und dem Vorschlag aus dem HuF zugestimmt, die Zahlung der Aufwandspauschale für die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien auszusetzen. Die Beteiligten waren sich einig und wollen damit einen Beitrag zur städtischen Leistungsüberprüfung auf freiwilliger Basis leisten. Wir bitten das Parlament, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

**(9) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen
Änderung der Beschilderung Einmündung K 243 in L 3188**

Dieter Eisenberg hat den kürzlich tödlichen Unfall an der Straßeneinmündung Kaichen / Richtung Altstadt zum Anlass genommen, zu beantragen, dort eine entsprechende hinweisende Beschilderung aufzustellen. Der Magistrat möge bitte bei den zuständigen Behörden veranlassen, dass mit einer neuen Beschilderung auf die Vorfahrtsregelung hingewiesen wird.

Michael Hahn gibt den Hinweis: Die Straßenwacht außerhalb geschlossener Ortschaften obliegt nicht dem Ordnungsbereich des Magistrats der Stadt Niddatal.

Nach weiteren Diskussionen lässt der Stadtverordnetenvorsteher über folgenden Antrag mit geänderter Formulierung abstimmen: **Der Magistrat wird gebeten, bei den zuständigen Behörden anzuregen, dass an der Einmündung der K 243 in die L 3188 die bisherige Vorfahrtsregelung durch Zeichen 205 "Vorfahrt gewähren" abgeändert wird.**

Wer dem seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 24 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

**(10) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen
Einführung KISS**

Dieter Eisenberg begründet ausführlich seinen Antrag, warum in den 5 Niddataler Kindertagesstätten das Kindersprachenscreening (KISS) eingeführt werden sollte.

Der Bürgermeister weist Vorwürfe zurück, die Stadt würde nicht genug für die Sprachförderung von Kindern tun. In verschiedenen Gremien wurde dieses Thema schon mehrmals diskutiert und festgestellt, dass die Betreuungs- und Bildungsangebote in unseren Einrichtungen (Ilbenstadt, Assenheim, Bönstadt) ausreichend sind. Es handelt sich dabei zwar nicht um KISS, aber um andere Programme, die den gleichen Zweck erfüllen. In unseren Schulen vor Ort wird vom Rektor und den Lehrkräften bestätigt, dass die Kinder bei der Einschulung keine sprachlichen Defizite haben.

Michael Hahn widerspricht ebenfalls den Darlegungen von Dieter Eisenberg und bestätigt, dass es keinen Nachholbedarf in den Kindergarteneinrichtungen gibt und die gebotenen Programme ausreichend sind. Die CDU würde daher diesem Antrag nicht zustimmen.

Hans-Joachim Mücke fügt noch an, dass seine Frau schon seit Jahrzehnten die sprachliche Förderung im Kindergarten unterstützt. Er könne den Argumenten des Bürgermeisters nur beipflichten.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Antrag "Einführung von KISS" seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 4 Ja- 19 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen = somit abgelehnt

**(11) Antrag der SPD-Fraktion
Verkehrssituation zwischen Ilbenstadt und Altstadt
vor der Kompostierungsanlage**

Andreas Momberger hat mit dem SPD-Antrag auf eine notwendige Verkehrsregelung für die Zufahrt zur Kompostierungsanlage hingewiesen. In der Begründung werden die immer wieder auftretenden Rückstaus beklagt, die für das Verkehrsaufkommen in diesem Gebiet sehr hinderlich sind und oft zu kritischen Situationen für die Verkehrsteilnehmer führen.

Michael Hahn sagt hierzu: Die CDU begrüßt den Antrag der SPD, da man dieses Problem auch schon lange beklagt und Abhilfe dringend geboten ist. Hierfür erwarten wir vom Wetteraukreis bzw. von den zuständigen Behörden entsprechende Unterstützung, wie dies z.B. schon bei anderen Projekten möglich war. Man erwarte vom Magistrat, dass er sich in dieser Angelegenheit "massiv" einsetzen möchte.

Danach haben sich weitere Wortmeldungen angeschlossen, wobei noch Fragen offen geblieben sind, z.B. wer hierfür die zuständigen Ansprechpartner sind?

Der Bürgermeister erklärt: Seiner Ansicht nach ist der Wetteraukreis schon der erste Ansprechpartner; weiter sollte man Hessen Mobil heranziehen bzw. der Bauherr muss für die Erfüllung der Auflagen sorgen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem SPD-Antrag mit der geänderten Textvariante seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 24 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

**(12) Anfrage der SPD-Fraktion
Rasenschnitt der Sportplätze in Niddatal**

Bürgermeister Dr. Hertel beantwortet die Fragestellungen wie folgt:

1) Wie oft im Jahr wird der Rasen pro Stadtteil gemäht?

Antwort:

Der Rasen wird im Durchschnitt in den Monaten April, Mai, Juni ca. 3 x pro Monat gemäht. Juli, August ca. 2 x pro Monat und im September, Oktober bei günstigem Wachstum wieder 3 x pro Monat.

Somit werden die Sportplätze ca. 19 - 22 x im Jahr gemäht. Im letzten Jahr waren bedingt durch die regelmäßigen Niederschläge die Mähdurchgänge etwas häufiger als im Durchschnitt der vergangenen Jahre.

2) Welche Landwirte übernehmen in den Stadtteilen den Rasenschnitt?

Der Rasenschnitt wird ohne lange Transportzeit und Wege von Assenheim, Bönstadt und Ilbenstadt über die Landwirte Weitzel (Bönstadt) und Werner (Ilbenstadt) entsorgt sowie der Rasenschnitt Kaichen über den Landwirt Schultes (Kaichen).

- 3) Wie ist die Aufteilung der Entsorgung zum Landwirt und zur Kompostierungsanlage ?

Zur Kompostieranlage werden die sonstigen vermischten Grünabfälle, wie Astschnitt der Grünanlagen, der Spielplätze und der Grünabfall von den Friedhöfen entsorgt. Der Rasenschnitt geht an die Landwirte.

- 4) Welche Kosten entstehen bei der Entsorgung über die Kompostierungsanlage ?

Die Kosten der Entsorgung über das ermittelte Gewicht wurden bis 2013 mit 50 Euro für 1.000 kg berechnet. Ab 2014 werden für 1.000 kg nur noch 30 Euro berechnet.

- 5) Was bekommt der Landwirt für die Entsorgung von der Gemeinde vergütet ?

Die Landwirte bekommen pro angeliefertem cbm 10,41 Euro vergütet. Diese Vergütung basiert auf der Grundlage von Kontrollwiegungen, dem gezählten Volumen des Sammelbehälters der Mähmaschine = 0,50 cbm und auf der Grundlage von 50 Euro für 1.000 kg Entsorgungsgebühr Kompostierungsanlage.

- 6) Was macht der Landwirt mit dem Rasenschnitt und wie weist er die ordnungsgemäße Entsorgung nach ?

Der Rasenschnitt wird auf den landwirtschaftlich genutzten Ackerflächen in den Boden eingearbeitet. Eine ordnungsgemäße Entsorgung wird durch das Vertrauen zwischen den Bediensteten der Stadt Niddatal und den Landwirten sichergestellt.

(13) Anfrage der SPD-Fraktion - Offene Jugendarbeit

- 1) Wann ist mit der Diskussion des Konzeptes in den entsprechenden Ausschüssen zu rechnen ?

Antwort:

Das neue Konzept haben wir als Diskussionsgrundlage am 11.12.2014 im Synodalvorstand vorgestellt. Der Vorstand gibt es vorerst an die einzelnen Kirchengemeinden weiter. Wenn es von dort zurückkommt (im Laufe des Monat Januar 2015) wird sich die Stadt damit beschäftigen und danach im Ausschuss vorstellen.

- 2) Wer übernimmt die Anleitung der Honorarkräfte ab dem 01.01.2015 für eine derzeit nicht absehbare Übergangszeit ?

Aufgrund der kurzen Zeit rechnen wir natürlich mit einer Übergangsfrist. Da wir für das Haushaltsjahr 2015 von einer genehmigten Stelle ausgehen müssen, schlagen wir vor, Herrn Edwin Pfuhl mit dem Übergang vom alten in das neue Konzept zu betrauen. Nur so ist auch zunächst die Weiterführung des Honorarkräftekonstrukts gewährleistet.

- 3) Wie wird sichergestellt, dass die vorhandenen Kompetenzen und Erfahrungen der Jugendpfleger auf das neue Team übergehen ?

Antwort:

Siehe Punkt 2) - Außerdem ist die frühere Mitarbeiterin Frau Jallow weiterhin in Diensten des evang. Dekanats Wetterau. Ein "Wissens- oder Erfahrungstransfer" zur neuen Kraft kann so gewährleistet werden.

- 4) Wie wird sichergestellt, dass die absehbare "Lücke" ab dem 01.01.2015 nicht die Arbeit von zwei Jahrzehnten vernichtet?

Das können wir nicht sicherstellen. Wir können mit dem Mitarbeiter Herrn Pfuhl und den verbleibenden Honorarkräften nur das Beste versuchen.

In dem Beschluss der Kündigung des Vertrages und dem Auftrag zur Neukonzeption bei gleichzeitiger Reduzierung des künftigen Personalbestandes durch die Stadtverordnetenversammlung, liegt genau dort diese Gefahr.

- 5) Gibt es im Magistrat die Bereitschaft, aufgrund der kurzfristigen Kündigung und der späten Festlegung des städtischen Finanzierungsanteils eine festzulegende Übergangszeit, das "alte" Modell zu finanzieren, um eine geregelte Übergabe der Arbeit und eine inhaltliche Diskussion in den städtischen Gremien zuzulassen?

Wir gehen zur Zeit davon aus, dass Frau Jallow nicht mehr im Bereich Offene Jugendarbeit Niddatal eingesetzt wird. Insofern hat sich die Beantwortung der Frage für Sie erübrigt.

Pause : 21:30 - 21:40

(14 a) Eilantrag der CDU-Fraktion - Vertrag Offene Jugendarbeit

Gerhard Einhoff weist auf die vorgegebenen Termine und Zahlen in dem CDU-Antrag hin, weshalb dieser auch als "weitergehenden Antrag" anzusehen ist. In dem SPD-Papier sei eine solche Festlegung nicht enthalten. -- Der CDU-Antrag basiere auf bisher geführte Diskussionen und Absprachen mit dem Dekanat, im Ausschuss und im Parlament, dem auch zugestimmt wurde.

Zu einer abschließenden Vereinbarung und Vorlage eines neuen Konzeptes ist es bis jetzt noch nicht gekommen, wie dies auch vom Bürgermeister zuvor mitgeteilt wurde. Um die Jugendarbeit ohne Unterbrechung weiter bestehen zu lassen, möchten wir die finanziellen Rahmenbedingungen, wie in unserem Antrag spezifiziert, bis zum 30.06.2015 festschreiben, falls nicht vorher eine neue (und endgültige) Vereinbarung vorgelegt und abgestimmt werden kann. -- Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Andreas Momberger erläutert den derzeitigen Sachverhalt zu diesem Thema und dass man ebenfalls die Zusammenarbeit mit dem Dekanat für die Offene Jugendarbeit fortsetzen möchte. Auch die SPD wusste vorher nicht, welche Aussagen von Seiten des Dekanats inzwischen vorliegen. Da wir ab Januar 2015 noch keine neue Vertragsbindung haben, sei man daran interessiert, für diese Zeit danach überschaubare und gesicherte Verhältnisse herzustellen. Dies möchte man jedoch nicht unter Zeitdruck entscheiden müssen.

Michael Hahn erklärt, warum die CDU hier auf die Terminvorgaben hinweist. Da wir noch keinen Haushalt für 2015/2016 vorliegen haben, müssen die finanziellen

Mittel in der vorläufigen Haushaltsführung eingestellt und vorher beschlossen werden. Am 26.02.2015 ist die übernächste Stadtverordnetenversammlung und bis dahin müssen die noch offenen Punkte abgeklärt sein. -- Im Interesse der Beteiligten (Stadt, Dekanat, Jugendarbeit) bitten wir das Parlament, dem CDU-Antrag ihre Zustimmung zu geben.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **CDU-Antrag** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = somit einstimmig

(14 b) Eilantrag der SPD-Fraktion - Vertrag Offene Jugendarbeit

Andreas Momberger erklärt, dass man nach dem vorherigen Abstimmungsergebnis den eigenen **Antrag zurückzieht**.

(15) Niederschlagung von Forderungen

Bürgermeister Dr. Hertel bezieht sich auf die Vorlage zu diesem TOP, die vorab per eMail den einzelnen Fraktionen zugesandt wurde und dass danach ein reger eMail-Austausch stattgefunden hat. Nach den letzten Mitteilungen wurde der Vorschlag gemacht, diesen Punkt in den HuF zur weiteren Beratung zu überweisen, bevor dieses Thema zur Diskussion gestellt wird. Von daher beantrage er, den Vorgang in den HuF zu überweisen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = so beschlossen

Der Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann beendet nach diesem letzten Tagesordnungspunkt um 21:55 Uhr die heutige Sitzung.

Das arbeitsreiche Jahr 2014 geht bald zu Ende und Hans-Peter Wittmann bedankt sich für die wieder rege und konstruktive Mitarbeit, die ihm auch viel Freude gemacht hat. Er wünscht allen Mitgliedern und deren Angehörigen eine frohe und stressfreie Vorweihnachtszeit sowie für die bevorstehenden Feiertage schöne und gesegnete Weihnachten. Kommen Sie gut in das Neue Jahr und bleiben Sie gesund.

Hans-Peter Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Hannelore Gunkel
Schriftführerin